

HERRSCHAFTSZEITEN

Zeitung der Studienvertretung Politikwissenschaft

Wintersemester 2007/08



Denkmalzerstörungen mit Tradition: Beispiele alltäglicher Gedenkkultur in Kärnten/Koroška

Inhalt dieser Ausgabe: Und zum Dritten! – Das politikwissenschaftliche Bachelor- und Masterstudium +++ Einbildung ist auch eine Bildung +++ Interview mit Ulrich Brand, dem neuen Professor für Internationale Politik an unserem Institut +++ Denkmalzerstörungen mit Tradition – Beispiele alltäglicher Gedenkkultur in Kärnten/Koroška +++ Rock(er)in' USA +++ „Was hat's denn gebracht, das Binnen-I?“ +++ Filmrezension: Schwarze Schafe +++ Ankündigung 9. November +++ Filmreihe gegen die Realität: Veranstaltungsreihe der Studienvertretung Politikwissenschaft +++

Editorial

Die Herrschaftszeiten gehen in die dritte Runde. Seit dem Wintersemester 05/06 erscheinen die *Herrschaftszeiten* als Zeitung der Studienvertretung Politikwissenschaft mindestens zwei Mal pro Jahr immer zu Semesterbeginn. Wie bereits in früheren Ausgaben berichten wir in dem Artikel *Und zum Dritten!* ausführlich über den aktuellsten Stand des politikwissenschaftlichen Bachelor- und Masterstudiums. Eine kritische Auseinandersetzung mit den bildungspolitischen Tendenzen bietet *Einbildung ist auch eine Bildung*. Da es auch personelle Veränderungen am

Institut gab, wird in Form eines *Interviews mit dem neuen Professor für Internationale Politik* Ulrich Brand vorgestellt. *Rock(er)in' USA* wiederum setzt sich mit dem Historiker und Anarchosyndikalist Rudolf Rocker auseinander. Mit geschlechterpolitischen Fragen hingegen beschäftigt sich „*Was hat's denn gebracht, das Binnen-I?*“ und Beispiele alltäglicher Gedenkkultur fasst der Text *Denkmalzerstörungen mit Tradition* zusammen. Passend zu unserer *Filmreihe gegen die Realität*, deren Programm sich am Ende des Hefts finden lässt, gibt's auch die Filmrezension *Schwarze Schafe*. Ein be-

sonderes Anliegen ist es uns auch, die Gedenkveranstaltung am 9. November, dem Jahrestag der Novemberpogrome von 1938, anzukündigen, an deren Organisation sich die Studienvertretung schon seit Jahren beteiligt.

Wie immer bitten wir last, but not least um Infos aus allen Bereichen, in denen wir etwas für euch tun können und laden euch herzlich ein, am Plenum oder beim Powi-Frühstück vorbeizuschauen.

Eure Studienvertretung
Politikwissenschaft

Powi-Frühstück!

Jeden zweiten Mittwoch im Monat findet von 11 bis 14 Uhr ein Powi-Frühstück mit Kaffee, Tee, Kuchen etc. im KOZ statt. Kommende Termine: 10.10., 24.10., 7.11., 21.11., 5.12., 19.12., 16.1., 30.1. Ihr findet die aktuellen Termine immer auch auf unserer Homepage. Schaut vorbei!



Inhalt

Und zum Dritten! – Das politikwissenschaftliche Bachelor- und Masterstudium.....	3
Einbildung ist auch eine Bildung	6
Interview mit Ulrich Brand, dem neuen Professor für Internationale Politik an unserem Institut	7
Rock(er)in' USA	10
Denkmalzerstörungen mit Tradition – Beispiele alltäglicher Gedenkkultur in Kärnten/Koroška	11
„Was hat's denn gebracht, das Binnen-I?“	13
Ankündigung 9. November	14
Filmrezension: Schwarze Schafe	14
Filmreihe gegen die Realität: Veranstaltungsreihe der Studienvertretung Politikwissenschaft	15

Beratung:

Montag 16-19 h, Mittwoch 11-14 h
im Kommunikationszentrum der StV (KOZ)
am Institut, Zimmer 221

Offenes Plenum:

Montags ab 19.30 im KOZ

Kontakt:

Mail: stv.powi@oeh.univie.ac.at
Tel: +431 4277/47709 (zu den Beratungszeiten)
Web: www.univie.ac.at/politikwissenschaft/stv

Impressum: HochschülerInnenschaft an der Universität Wien
Spitalgasse 2, Hof 1, 1090 Wien
Studienvertretung Politikwissenschaft
Universitätsstraße 7/2, Stock, Zi. A221, 1010 Wien



Und zum Dritten!

Das politikwissenschaftliche Bachelor- und Masterstudium

Was wir schon in der letzten Ausgabe geplant hatten, holen wir nun nach: die Vorstellung der neuen und schon genehmigten Studienpläne für das politikwissenschaftliche Bachelor- und Masterstudium.

Was wir schon in der letzten Ausgabe geplant hatten, holen wir nun nach: die Vorstellung der neuen und schon genehmigten Studienpläne für das politikwissenschaftliche Bachelor- und Masterstudium.

1. Der Bachelorstudienplan (BA)

Hatte der bisherige Diplomstudienplan eine Mindeststudiendauer von 8 Semestern, so sind für den Bachelorstudiengang 6 Semester vorgesehen. „Gemessen“ wird nicht mehr in Semesterstunden, sondern in ECTS-Punkten, welche den durchschnittlichen Arbeitsaufwand für die einzelnen Lehrveranstaltungen darstellen sollten. An der Dauer der Lehrveranstaltungen (1h = 45 min) ändert sich jedoch nichts.

Am Beginn des BA-Studiums steht die so genannte Studieneingangsphase (STEP) mit 30 ECTS-Punkten, die das ganze erste Semester ausfüllen wird. Diese STEP wiederum ist in zwei Teile geteilt. Die STEP 1 ist eine allgemein sozialwissenschaftliche Einführung, d. h. hier werden von den Studienrichtungen Publizistik, Soziologie, Kultur und Sozialanthropologie und eben Politikwissenschaft gemeinsame Lehrveranstaltungen angeboten, die von Tutorials begleitet werden. STEP 2 soll

eine Einführung in Methoden und Elemente des politikwissenschaftlichen Denkens geben.

Der STEP folgen die Pflichtmodule, die neben der Vorlesung Historische Grundlagen der Politikwissenschaft die vier Kernfächer der Politikwissenschaft (jeweils Vorlesung und Lektürekurs) und das Methodenmodul enthalten.



Im Bereich der Alternativen Pflichtfächer müssen vier Module aus den acht Spezialisierungsmodulen und vier Praxismodulen im Umfang von 6 ECTS-Punkten ausgewählt werden, wobei aus den Praxismodulen bis zu zwei Module ausgewählt werden können. In einem Spezialisierungsmodul muss eine kleine Bachelorarbeit geschrieben werden. Es besteht die Möglichkeit, in einem Praxismodul ein Praktikum zu absolvieren. Dieses muss jedoch vorher von der Studienprogrammleitung genehmigt werden.

Mit der Absolvierung des Bachelormoduls wird das Studium abgeschlossen. Das BA-Seminar ist als Begleitung zum Verfassen der BA-Arbeit gedacht. Diese soll der Vertiefung der theoretischen, fachlichen und methodischen Kompetenzen dienen, zur eigenständigen Bearbeitung von politikwissenschaftlichen Fragestellungen befähigen und zwischen 25 und 35 Seiten umfassen.

Neben dem 120 ECTS-Punkte umfassenden „eigentlichen“ politikwissenschaftlichen Bachelorstudium müssen zum erfolgreichen Abschluss noch Erweiterungsmodule (früher die Freien Wahlfächer) absolviert werden. Hier bedarf es aber noch der Klärung einiger Fragen zwischen den einzelnen Studienrichtungen. ▶

Buchpräsentation

Stephan Grigat:

Fetisch und Freiheit

Über die Rezeption der Marxschen Fetischkritik, die Emanzipation von Staat und Kapital und die Kritik des Antisemitismus

(Freiburg 2007)

Di., 13.11.07, 20 Uhr im HS 7 der Hauptuni Wien

► **Studentafel Bachelor Politikwissenschaft:**

120 ECTS Politikwissenschaft,
60 ECTS Erweiterungscurricula

LV-Typ SStd. ECTS

a. Studieneingangsphase I: 15 ECTS

A1	Einführung in die Theorien der Sozialwissenschaften	VO	2	5
A2	Einführung in aktuelle Forschungsfelder der Sozialwissenschaften	VO	2	5
A3	Einführung in die Methoden der Sozialwissenschaften	VO	2	5

b. Studieneingangsphase II: 15 ECTS

B1	Informationsveranstaltung	VO	2	1
B2	Methoden und Elemente d. politikwiss. Denkens und Arbeitens	VO	2	2
B3	Methoden und Elemente d. politikwiss. Denkens und Arbeitens	PS	4	12

c. Historische Grundlagen: 4 ECTS

C	Historische Grundlagen	VO	2	4
---	------------------------	----	---	---

d. Methoden: 12 ECTS

D1	Qualitative Methoden der empirischen Sozialforschung	UE	2	6
D2	Quantitative Methoden der empirischen Sozialforschung	UE	2	6

e. Kernfächer: 36 ECTS

E1	Theoriegeschichte und Theoriendebatten	VO+LK	2+2	3+6
E2	Das politische System Österreichs und die EU	VO+LK	2+2	3+6
E3	Vergleichende Analyse von Politik	VO+LK	2+2	3+6
E4	Internationale Politik	VO+LK	2+2	3+6

f. Spezialisierungsmodule & Praxismodule: 26 ECTS

Zu wählen sind insgesamt 4 Module aus f1-f12 (= 24 ECTS), davon mindestens zwei aus f1-f8. In einem der gewählten Spezialisierungsmodule ist eine BA-Arbeit zu verfassen (= +2 ECTS)

f. Spezialisierungsmodule

f1	Politische Theorien und Theorieforschung	PS	2	6
f2	Internationale Politik und Entwicklung	PS	2	6
f3	Europäische Union und Europäisierung	PS	2	6
f4	Österreichische Politik	PS	2	6
f5	Staatstätigkeit, Policy- und Governanceanalysen	PS	2	6
f6	Geschlecht und Politik	PS	2	6
f7	Osteuropastudien	PS	2	6
f8	Kultur und Politik	PS	2	6

f. Praxismodule

f9	Medien und politische Bildung	PS	2	6
f10	Politische Institutionen	PS	2	6
f11	Politikberatung und Umfrageforschung	PS	2	6
f12	Praktikum	PR	2	6

g. Bachelorseminar: 12 ECTS

g	Bachelorseminar	SE	2	12
---	-----------------	----	---	----

h. Erweiterungscurriculum: 60 ECTS

Zu wählen aus anderen Studienrichtungen im Umfang von insgesamt 60 ECTS					60
---	--	--	--	--	----

► **2. Das Masterstudium (MA)**

Ebenso wie das Bachelorstudium wird auch das Masterstudium in Module unterteilt. Am Anfang des 120 ECTS-Punkte umfassenden Studiums stehen zwei Module zu je 8 ECTS: Politikwissenschaftliche Grundlagen und Politikwissenschaftliche Methoden. Aus den schon aus dem BA-Studium bekannten acht Schwerpunkten müssen zwei Mo-

dule zu je 22 ECTS-Punkten gewählt werden. Zusätzlich muss ein Forschungspraktikum von 12 ECTS absolviert werden. In ein weiteres Wahlmodul von 16 ECTS können andere politikwissenschaftliche Lehrveranstaltungen (auch jene, die im Zuge eines Auslandssemesters besucht werden), hineingepackt werden. Abgeschlossen wird das MA-Studium mit dem Besuch

des Masterseminars und dem Verfassen einer Masterarbeit, die einen Umfang von 75 bis maximal 150 Seiten haben sollte. Diese muss abschließend noch vor einer Kommission öffentlich präsentiert und verteidigt werden.

Das MA-Studium wird erst ab dem Wintersemester 2008/9 angeboten.

★

120 ECTS Politikwissenschaft

I. Politikwissenschaftliche Grundlagen: 8 ECTS

Zu wählen sind LVs (VO/PS/SE) im Umfang von insgesamt 8 ECTS.

		LV-Typ	SStd	ECTS
I	Politikwissenschaftliche Grundlagen	VO/PS/SE		8

J. Politikwissenschaftliche Methoden: 8 ECTS

J	Politikwissenschaftliche Methoden	UE	4	8
---	-----------------------------------	----	---	---

K. Spezialisierungen: 2x22 ECTS

Zu wählen sind insgesamt 2 Richtungen. In jeder Richtung sind eine VO (4 ECTS), ein Vertiefungs-SE (10 ECTS) und ein Spezialisierungs-SE (8 ECTS) zu absolvieren.

K1	Politische Theorien und Theorieforschung	VO+SE+SE	6	4+10+8
K2	Internationale Politik und Entwicklung	VO+SE+SE	6	4+10+8
K3	Europäische Union und Europäisierung	VO+SE+SE	6	4+10+8
K4	Österreichische Politik	VO+SE+SE	6	4+10+8
K5	Staatstätigkeit, Policy- und Governanceanalysen	VO+SE+SE	6	4+10+8
K6	Geschlecht und Politik	VO+SE+SE	6	4+10+8
K7	Osteuropastudien	VO+SE+SE	6	4+10+8
K8	Kultur und Politik	VO+SE+SE	6	4+10+8

L. Forschungspraktikum: 12 ECTS

Das FoP ist thematisch einer der gewählten Spezialisierungsrichtungen zuzuordnen.

L	Forschungspraktikum	FoP	4	12
---	---------------------	-----	---	----

M. Wahlbereich: 16 ECTS

Zu wählen sind LVs (VO/PS/SE) aus dem gesamten Lehrangebot der Politikwissenschaft oder, mit Genehmigung der Studienprogrammleitung, aus anderen Studienrichtungen.

M	diverse LVs	VO/PS/SE		16
---	-------------	----------	--	----

N. Masterseminar und Masterarbeit: 32 ECTS

N1	Masterseminar	SE	2	2
N2	Masterarbeit			30

Informationen für Diplom-Studierende, die auf den Bachelor „umsteigen“ möchten, sind auf der Homepage der Studienprogrammleitung zu finden: <http://spl.univie.ac.at/index.php?id=diplomstudienplan>

Weitere Informationen zum BA/MA-Studium auf unserer Homepage: <http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/strv/studium.html>

Einbildung ist auch eine Bildung

Der Bereich der Bildung ist heute im Begriff, so durchökonomisiert zu werden wie ein gewinnorientiertes Unternehmen. Der/die Einzelne ist angehalten, Kapital in seine/ihre Ausbildung zu investieren, in der Hoffnung darauf, durch spätere Mehreinkünfte das Investierte wieder zu amortisieren und im Endeffekt Gewinn daraus zu schlagen.

„Lebenslanges Lernen“ lautet der Imperativ, der unserer Generation schon in der Schule zwangsvermittelt wird. Dieses lebenslange Lernen, das eigentlich eine wunderbare Möglichkeit wäre – die Möglichkeit, ständig Neues und Unbekanntes erfahren zu dürfen, seinen eigenen Horizont erweitern zu können und nicht mit einmal Gelerntem sein Leben lang auskommen zu müssen – wird unter kapitalistischen Bedingungen zu einem Zwangsmechanismus, dem sich niemand entziehen kann. Der Unterton, der dem Wort „lebenslang“ beiwohnt, und der an eine Haftstrafe gemahnt, erhält so seine Berechtigung. Wer sich dem Druck der ständigen Fort- und Weiterbildung nicht beugt, hat am hart umkämpften Arbeitsmarkt das Nachsehen. Neben einem Zwang stellt die Bildung aber auch ein Privileg dar, dessen „Genuss“ nur ökonomisch potenten Schichten zukommt – ist Bildung doch spätestens nach der Schulzeit mit einem erheblichen Kostenaufwand verbunden. Die Studiengebühren sind dabei nur ein Tropfen auf dem heißen Stein – verglichen mit den Kosten für postgraduale Kurse, Seminare und ähnliche Fort- und Weiterbildungen, die ein vielfaches der Studiengebühren ausmachen. Gerade diese Felder sind es aber, auf die sich die Universität jetzt verstärkt stürzen will, lassen sich doch auf diesen Feldern die knappen Budgets auffüllen.

Das kapitalistische Prinzip der Akkumulation gilt so nicht nur im streng ökonomischen Sektor, sondern breitet sich auf immer weitere Gebiete des individuellen Lebens aus. Von solchen größeren Zusammenhängen ist aber auf den höheren Ebenen der Österreichischen HochschülerInnenschaft nichts zu hören, die Diskussion dreht sich endlos im Kreis der Studiengebühren. Selbst der „radikalste“ Vorschlag in Form eines Studiengebührenboykotts bleibt im universitären Horizont verhaftet. Dass alle Fraktionen des Studierendenparlaments gegen Studiengebühren sind, sollte sich eigentlich von selbst verstehen – schließlich stellt die ÖH unter anderem auch die Interessensvertretung der StudentInnen dar. Dass diesem Thema

trotzdem in dieser absolut beschränkten Art und Weise so viel Aufmerksamkeit zukommt, verwundert hingegen offensichtlich niemanden und alle können sich wunderbar alternativ und subversiv fühlen beim Protestieren gegen Studiengebühren.

Viel zu wenig thematisiert hingegen wird der oben angedeutete ökonomische Gesamtzusammenhang, unter dessen Zwang die Bildung immer stärker gerät. Auch die Frage nach dem Charakter, dem „Wesen“ dessen, was heute Bildung genannt wird, bleibt außen vor. Bildung stellt heute kein Gut dar, das um seiner selbst willen zu erstreben ist, das der Muse des Individuums dienen könnte. Bildung heute heißt vielmehr Aus-bildung, sie ist eine Ware, die der Ich-AG zugeführt wird, um deren „Skills“ zu mehren, dem Lebenslauf einen beeindruckenden Inhalt zu verpassen, kurz: um den Wert der Ware Arbeitskraft zu erhöhen. Der Ruf „Bildung ist keine Ware“ geht so an der Realität einer Gesellschaft, deren Grundkategorie die Ware ist, vorbei und begegnet den bestehenden Verhältnissen unter deren Niveau. Nicht wenige Studierende beweisen zynische Realitätstüchtigkeit, wenn sie den Zwang, ihre eigene Ware Arbeitskraft qua Bildung zu veredeln, internalisieren und als Chance begreifen, sich am Arbeitsmarkt durchzusetzen. Dass die anderen MitbewerberInnen dabei als unliebsame Konkurrenz gesehen werden, lässt sich daran ablesen, dass Zugangsbeschränkungen bei Studierenden – natürlich nur bei denen, die es nicht mehr betrifft – nicht unbedingt auf Ablehnung stoßen. So meint eine Elisabeth Oberndorfer in ihrer ganz besonders „kritischen Reflexion kurz vor dem Studienfinish“ im Onlinestandard: „Dass ich für eine Zugangsbeschränkung in diesem Fach bin, heißt nicht, dass ich gegen freie Bildung bin – im Gegenteil.“¹ Man will ja nichts gesagt haben und dass der logische Widerspruch zwischen freier Wahl und Zugangsbeschränkung ignoriert wird, soll auch nicht weiter stören, will sich Frau Oberndorfer doch auch gerne als kritischer Geist sehen, der zwar für freie Bildung ist, was ja immer gut klingt, die aber dann doch etwas

bemängeln muss: „Dennoch glaube ich, dass von den 363 Personen nicht alle für dieses Studium geschaffen sind.“² Denn für das Studium wird man ja geschaffen – wahrscheinlich vom Herrgott in der Höh'. Anstatt sich gegen die bemängelten langen Wartezeiten zu wenden und mehr Geld für die Universitäten zu verlangen, werden die Mitstudierenden als minderqualifiziert abgekanzelt. Der Konkurrenz- und Leistungsdruck ist so in Fleisch und Blut übergegangen, dass Kritik nur noch im Ruf „Freie Bahn für mich!“ enden kann. Die Einrichtung der Gesellschaft verlangt eine funktionierende Ausbildung, und viele Studierende folgen gerne.

Dabei würde es aber zu kurz greifen, der Uni ständig ganz unmittelbare Profitinteressen zu unterstellen; dass sie also den Studierenden den letzten Cent abpressen wolle – die Sache ist komplizierter, was sie aber auch nicht besser macht. Christoph Badelt, der Vorsitzende der österreichischen Rektorenkonferenz und so eine nicht ganz unbedeutende Stimme in der Bildungspolitik, will die Universitäten „im positiven Sinne des Wortes zu unternehmerischen Universitäten machen, die leistungs-, ergebnis- und innovationsorientiert sind“³, wobei allerdings nicht „unternehmerisch“ mit „kommerziell“ zu verwechseln sei – wenn er auch gleich einschränkt „die Ziele der Universität“ seien zwar nicht „an kurzfristigen materiellen Interessen orientiert, mit Ausnahme vielleicht im Bereich Weiterbildung“⁴. Wie oben schon erwähnt, soll dieser Sektor zur Cash-cow der Universitäten werden. Sein Leitbild für die Uni beschreibt er so: „Wir sind output-orientiert, aber haben dabei gesellschaftspolitische Verantwortung.“⁵

Das klingt ja recht schön. Nur: Der Teufel steckt im Detail beziehungsweise in der gesellschaftspolitischen Verantwortung. Denn die bedeutet eben, genug Personal für die höhere Schicht der Lohnarbeit zu produzieren. Output-Orientierung und gesellschaftspolitische Verantwortung klingt da aber einfach besser. Eine kritische Wissenschaft, die etwa einwerfen könnte, dass unternehm-

Interview mit Ulrich Brand, dem neuen Professor für Internationale Politik an unserem Institut

STV: Obwohl sicherlich viele Studierende Artikel und Bücher von Ihnen gelesen haben, bitten wir Sie dennoch, sich und ihre Forschungs- und Lehrgebiete kurz vorzustellen.

Brand: Zu meiner Person: Ich bin im badischen Teil des Bodensees auf der Insel Mainau aufgewachsen, woher wahrscheinlich mein Interesse am Tourismus kommt. Das äußerte sich aber zunächst weniger im eigenen Verreisen, sondern darin, dass ich eine Hotelfachausbildung gemacht habe. Da ich aber noch mehr von der Welt verstehen wollte – negativ prägend war die Arbeit in First-Class-Hotels und ein Sommer als Praktikant im Club Robinson auf Sizilien –, studierte ich danach in Frankfurt/M., Berlin und Buenos Aires Politikwissenschaft und promovierte von 1997 bis Anfang 2000 zum Verhältnis von Nichtregierungsorganisationen und Staat in der Umweltpolitik. Aus einem Forschungsprojekt heraus, in dem ich unter anderem mit Joachim Hirsch arbeitete, ging ich als wissenschaftlicher Assistent nach Kassel, wo Christoph Scherrer gerade als neuer Professor das Fachgebiet Globalisierung und Politik übernommen hatte. Dort war ich unter anderem am Aufbau des englischsprachigen Master-Studiengangs Global Political Economy beteiligt. Außerdem forschte ich ein halbes Jahr an der York University in Toronto und lehrte ein Semester an der Rutgers University in New Jersey.

Zu den Inhalten: Neben staatsrechtlichen Fragen und solchen internationaler Politik befasste ich mich immer mit der Umweltpolitik, was stark mit meiner Sozialisation und einem gewissen Ekel als Jugendlicher vor der im Massenkonsum erstickten Langeweile und der verbreiteten Ignoranz gegenüber Umweltproblemen zu tun hat, sowie mit den Möglichkeiten und Grenzen von NGOs

und sozialen Bewegungen im Hinblick auf notwendige gesellschaftliche Veränderungen. In meiner Habilitation versuche ich, in Anlehnung an Antonio Gramsci, Nicos Poulantzas, die kritische Internationale Politische Ökonomie und feministische Ansätze eine Theorie des internationalisierten Staates zu entwickeln. Eine solche Theorie ist natürlich work in progress. Nun möchte ich wieder stärker empirisch dazu arbeiten. Regional habe ich viel zu Lateinamerika gemacht und verbrachte insgesamt über zwei Jahre meines Lebens vor allem in Argentinien und Mexiko.

Damit sind meine Forschungsgebiete umrissen. Im Bereich Internationale Politik bin ich in der Lehre natürlich in der Einführung in dieses Thema und mit vertiefenden Seminaren präsent. Außerdem werde ich ein zweisemestriges Forschungspraktikum anbieten, bei dem wir mal sehr genau die Mechanismen internationaler Umweltpolitik am Beispiel der Biodiversitäts-Konvention untersuchen und im Mai 2008 gemeinsam auf die Vertragsstaatenkonferenz dieses Abkommens fahren und uns das genau ansehen werden. Für sehr wichtig halte ich die Grundlagenausbildung und die Lektüre von Klassikern. Diesbezüglich muss ich mich aber noch orientieren, denn es gibt ja ein beeindruckendes Lehrangebot im Bereich Politikwissenschaft. Aber auch aktuelle theoretische Debatten und politische Entwicklungen versuche ich immer wieder gründlich in Seminaren aufzuarbeiten. Mein Vorgänger, Helmut Kramer, kennt sich hervorragend mit Südosteuropa aus und vermittelte das auch in der Lehre. Dazu habe ich bislang nichts gemacht. Allerdings freue ich mich darauf, in Wien viel direkter mit dieser Region konfrontiert zu werden.



STV: An der Universität Wien allgemein lässt sich ein Trend feststellen, der sich zunehmend auf die Forschung konzentriert und die Lehre oft als lästige Pflicht betrachtet. Gleichzeitig werden strukturelle Hürden verschärft und neue Aufnahmebeschränkungen angedacht bzw. verwirklicht. Die viel gescholtene „Massenuniversität“ soll zur Elitenreproduktionsstätte werden. Wie sehen Sie die Transformationen der letzten Jahre?

Brand: Das kann ich natürlich für Österreich noch nicht beurteilen, vor allem hinsichtlich der strukturellen Hürden. Die Orientierung am Leitbild einer Eliteuniversität, die ich ablehne und an einer Uni wie der Wiener auch für unrealistisch halte, ist nicht gleichzusetzen mit einer starken Forschungsorientierung. Allgemein gibt es an den Hochschulen in der Tat einen Diskurs oder eine regulative Idee, dass Forschung gestärkt werden soll. Hier wird das Distinktionspotenzial gesehen und das ist auch nicht falsch. Problematisch wird es erst, wenn es institutionell und diskursiv eine Abwertung der Lehre gibt. Denn in der Realität beißt sich der Anspruch an gute Lehre häufig an der Unterausstattung ▶

Fortsetzung von Seite 5

merisch und kommerziell sich nicht so einfach trennen lassen – denn ein Unternehmen, das nicht den Profit als Maßstab des Erfolges hernimmt, wird in der Konkurrenz untergehen –, stört dabei nur und wäre wohl gesellschaftspolitisch unverantwortlich.

Dass zuviel eventuell gar kritisches Wissen beim Funktionieren in der Gesellschaft eher hinderlich ist, dämmert auch Elisabeth Oberndorfer, auch wenn sie diesen Gedanken gleich zur Seite

schieben muss, um wieder den mangelnden Praxisbezug des Studiums zu geißeln: „Mein Wissen um die Medienwirtschaft [...] interessiert meine RedaktionskollegInnen herzlich wenig und die UserInnen wahrscheinlich auch nicht.“⁶ Die Einsicht, dass der redaktionelle Teil der Zeitung nur dazu dient, die Werbungen, aus der die Zeitung ihre Einkünfte bezieht, zu umrahmen, wäre dem hohen Selbstverständnis der Nachwuchsjournalistin auch nicht förderlich. ★

1 Kein Platz für Mickey-Maus-ForscherInnen. Die Kommunikationswissenschaft braucht Zugangsbeschränkungen – Eine kritische Reflexion kurz vor dem Studienfinish, derstandard.at, 26.8.07

2 Ebd.

3 „Unternehmerische Unis“ – Badelt warnt vor „Kommerzialisierung“, derstandard.at, 26.8.07

4 Ebd.

5 Ebd.

6 A.a.O.

► beim Lehrpersonal. Andererseits bricht sich die einseitige Orientierung an Forschung mit der gesellschaftlich stark aufgewerteten Rolle von Bildung und damit auch wissenschaftlicher (Aus-)Bildung. Torsten Bultmann sprach vor einigen Jahren von der dominanten Orientierung der „standortgerechten Dienstleistungshochschule“ als Leitbild von Lehre und Forschung. Da ist in der Tat für Kritik nicht mehr so viel Raum und insbesondere in der Politikwissenschaft dominiert – in Deutschland – ein Trend zur Politikberatung. Die verloren geglaubte gesellschaftliche Relevanz der Politikwissenschaft soll über Nähe zu Staat und Politik wieder gewonnen werden.

In der aktuellen Umsetzung des Bologna-Prozesses sehe ich dann Gefahren, wenn ohne Reflexion auf die materiellen Bedingungen implementiert wird. Hier sind in anderen Hochschulen in Deutschland, die ich etwas kenne, große Fehler gemacht worden. So nehmen die Veranstaltungen durch eine zu enge Kalkulation der credit points und die Prüfungen enorm zu und frustrieren alle. Die problematischste Erfahrung – ich habe gerade Abschlussarbeiten des ersten Bachelor-Jahrgangs in Kassel betreut – sind die stark eingeeengten zeitlichen Spielräume. Allerdings muss man noch mal genauer untersuchen, ob die Abschlüsse und auch die subjektive Zufriedenheit der Studierenden im stärker strukturierten Studium steigen. Ich vermute, dass das für viele so ist, da die Zahl der StudienabbrecherInnen wohl zurückgeht. Aber das müsste man sich genauer ansehen.

Ich möchte noch auf einen anderen in der Frage angesprochenen Aspekt eingehen. Wir sollten Forschung und Lehre nicht gegeneinander ausspielen. Ich sehe mich als Hochschullehrer und als Forscher, aber nicht als Mitarbeiter in einem Forschungsinstitut. Über innovative Forschung in meinem Bereich und zusammen mit anderen möchte ich dafür sorgen, dass das Institut für Politikwissenschaft der Uni Wien ein noch spannenderer Ort wird – der es ohnehin schon ist. Ein attraktiver Ort auch für viele Studierende von andernorts, die motiviert sind hierher kommen. Ein intellektuell, politisch und kulturell plurales und herausforderndes Umfeld zu haben ist genau das, was ich mir wünsche und was die Wiener Universität für mich so attraktiv macht. Ich habe auch den Eindruck, dass der Rektor diese innovative Pluralität fördert.

Ich denke, dass Forschung und vor allem kritische Grundlagenforschung an den Universitäten betrieben werden soll. Natürlich nicht nur dort. Die Frage ist, wie das mit Lehre verbunden werden kann, wie Studierende forschend lernen können, wie sie selbstbestimmt und, wo nötig, unter Anleitung arbeiten. Hier halte ich das Forschungspraktikum im Studiengang Politikwissenschaft für eine tolle Sache. So etwas gibt es in dieser Intensität in Deutschland kaum.

Als Neuer sehe ich mir erst mal alles an und lerne von den KollegInnen und Studierenden. Notwendig ist natürlich eine permanente Diskussion über Inhalte und Formen der Lehre. Denn hier liegt die größte Relevanz unseres Tuns als HochschullehrerInnen. Ich verstehe mich zwar auch als öffentlich agierender Intellektueller, der „eingreifend“ denken und sich äußern will, aber die Teilöffentlichkeit der Hochschule ist das zentrale Terrain. Nicht nur die Generierung von Wissen ist ein zunehmend kollektiver Prozess, sondern auch die Verbreitung – über vielfältige Formen und Vermittlungsschritte.

Deshalb halte ich Horkheimers Begriff der „non-konformistischen Intellektuellen“, den er in seiner berühmten Antrittsrede als Rektor der Frankfurter Universität zu Beginn der 50er Jahre verwendete, als Leitbild weiterhin attraktiv. Es ging damals und viel mehr noch heute darum, Menschen in die Lage zu versetzen, in ihren je konkreten Lebenskontexten sich kritisch mit Gesellschaft, was eben auch heißt: ihre alltäglichen Praxen, auseinanderzusetzen.

STV: Seit der Transformation in Ost- und Mitteleuropa Ende der 1980er Jahre, ist auch in weiten Teilen der Politikwissenschaft endgültig eine Tendenz zu bemerken, die Wissenschaft weniger als Moment der Kritik, sondern vielmehr trotz mancher kritischer Einschübe als Projekt der Affirmation erscheinen lässt. Man spricht nicht mehr von Staat oder Herrschaft, sondern nur mehr von Governance, kritisiert zwar „Auswüchse“ des Kapitalismus, aber nicht mehr das Kapitalverhältnis an sich. In welchem Verhältnis sollten Wissenschaft und Kritik Ihrer Meinung nach stehen?

Brand: Zunächst müssen wir sehen, dass sich Politik in der Tat stark transformiert. Das scheint mir das Produktive am Governance-Begriff zu sein. Er öffnet ein diskursives Terrain, auf dem unterschiedliche theoretische Ansätze und Zeitdiagnosen in Austausch mit-

einander treten oder zumindest treten können. Wenn ein Begriff derart wichtig wird, dann hat er notwendig starke affirmative Anteile, sonst hätte er nicht diese Bedeutung. Das ist beim Begriff der Nachhaltigkeit oder nachhaltigen Entwicklung nicht anders.

Sie treffen damit natürlich einen wichtigen Punkt, der auf das hegemoniale Verständnis von Wissenschaft abzielt, das nicht losgelöst von Gesellschaft ist, von staatlicher Forschungsförderung, von Wünschen nach Anerkennung, von Stellenwert und Art von „Kritik“. Kritisch ist jede und jeder – nur was heißt das konkret? In meinen eigenen Arbeiten versuche ich immer wieder, neue politische und gesellschaftliche Steuerungsmodi (Governance) aus einer herrschaftskritischen Perspektive theoretisch und empirisch zu analysieren, den Gründen für aktuelle Entwicklungen nachzugehen, nicht zu stark eine Perspektive der Problemlösung einzunehmen. Die Frage ist daher, wie kritische Wissenschaft, also eine Reflexion auf die komplexen Konstitutionsbedingungen und -prozesse bürgerlicher Gesellschaften, und das zunehmend international, auf diesem diskursiven Terrain agiert. Und das, ohne so zu tun als wenn alles „klar“ wäre. Das ist es nicht und (wissenschaftliche) Wahrheit ist ein sozialer Prozess, ein Verhältnis, keine nur zu realisierende Objektivität. Es geht allerdings nicht nur um eine Dimension von Herrschaft, nämlich das Kapitalverhältnis, wie in Ihrer Frage angedeutet wird. Mit dem Begriff der Intersektionalität wird seit einigen Jahren der Versuch unternommen, disparate Diskussionen stärker aufeinander zu beziehen.

Aktuell ist die staats- und steuerungstheoretische Diskussion – ich beziehe mich wiederum vor allem auf Deutschland – in der Tat wenig herrschaftskritisch. Ich finde, dass wir mit unserer Studie zu Global Governance im Jahr 2000 einen wichtigen Punkt in der deutschsprachigen Debatte gemacht haben. In der aktuellen Diskussion um Global Governance und Governance allgemein wird das eher wieder ausgegrenzt. Bei Studierenden und jüngeren WissenschaftlerInnen scheint eine kritische Aneignung des Begriffs durchaus Weltsichten zu öffnen. Das hat sogar die Doyenne der deutschen Politikwissenschaft, Renate Mayntz, der Zunft kürzlich und selbstkritisch ins Stammbuch geschrieben. Impulse gibt es hier eher aus der Globalisierungsdiskussion, die

► bislang aber umgekehrt wenig staatsstheoretisch fundiert ist. Genau diesen Zusammenhang will ich mit meinen Forschungen und zusammen mit anderen herstellen.

STV: Sie haben u. a. auch ein Buch zum Thema Perspektiven globalisierungskritischer Strategien veröffentlicht. Werden dabei auch Perspektiven gegen rechte Globalisierungskritik und die mangelnde Auseinandersetzung damit in Netzwerken wie Sozialforen etc. thematisiert?

Brand: Ich habe zu diesem Aspekt der Globalisierungskritik nicht geforscht. In der Tat handelt es sich hier um eine offene Flanke, da die Personalisierung von Herrschaft (über die „Finanzkapitalisten“ oder die „Mächtigen in den USA“ bzw. Präsident Bush), der positive Bezug auf den Nationalstaat als „Damm“ gegen die Internationalisierung der Ökonomie, die Fokussierung von Zinsen als angenommener Kern des Problems kapitalistischer Entwicklung eben auch von rechten globalisierungskritischen Kräften vertreten wird. Das hat nichts Aufklärerisches und Emanzipatorisches.

Es hat sich da auch einiges verändert, das heißt es gibt einige Untersuchungen und eine öffentliche Debatte. Die Kritik an der mangelnden Auseinandersetzung von vor sechs oder sieben Jahren, in Deutschland sehr stark von der Strömung der „Anti-Deutschen“ vorgebracht, wurde durchaus angenommen. Mir fällt ein Reader zum Thema Antisemitismus des wissenschaftlichen Beirats von Attac-Deutschland ein, der enorm wichtig war. Auch wenn ich das nicht im Detail untersucht habe: Ein Indikator, dass es ein erhöhtes kollektives Wissen um die Gefahr der Anschlüsse an rechte Globalisierungskritik gibt, scheint mir der jüngste Mobilisierungsprozess gegen den G8-Gipfel im letzten Juni in Heiligendamm zu sein.

Das ist wahrscheinlich noch nicht ausreichend und ist es nie. Soziale Bewegungen sind gekennzeichnet durch eine enorme Offenheit und ständige Veränderungen. Es gibt kein Parteiprogramm, das für alle orientierend wirkt. Das ist ihre Stärke, kann aber mitunter kritisch werden. Der deutsche Vizekanzler Müntefering hat diesbezüglich mit der Metapher der „Heuschrecken“ in seiner populistischen Manier einigen Schaden angerichtet. Die Anschlüsse an rechte, d. h. nationalistische, auf Ausschluss und Abschottung setzende sowie Herrschaft

personalisierende Globalisierungskritik sind latent immer da und müssen immer wieder konkret diskutiert und zurückgewiesen werden. Die Macht des Finanzkapitals, d. h. von Banken, Versicherungen und vor allem institutionellen Anlegern, hat sich in der Tat enorm erhöht. Aber es dürfen darüber keine strukturellen Dimensionen übergangen werden und es muss ernst genommen werden, dass anti-amerikanische und anti-semitische Kritiken selbstbestimmte, herrschaftsförmige Funktionen in unseren Gesellschaften erfüllen.

STV: Sie arbeiten viel zu Lateinamerika, ein Themenbereich, der in den letzten Jahren in Europa wieder sehr großen Zuspruch fand und teils als Projektionsfläche für die europäische Linke dient. Wie sehen Sie die Wahlsiege vermeintlich „linker“ Staatschefs wie des Populisten Hugo Chávez oder Daniel Ortega (natürlich auch Evo Morales etc.) und Schlagwörter wie „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“? Warum lässt sich ihrer Meinung nach kaum eine kritisch-solidarische Auseinandersetzung mit den Entwicklungen in Lateinamerika finden?

Brand: Was in Lateinamerika stattfindet, ist in der Tat interessant. Ich habe 1992 ein Jahr lang in Buenos Aires gelebt und studiert. Das Jahr war nicht nur der 500. Jahrestag des Beginns der Eroberung Lateinamerikas, sondern in Argentinien und anderswo auch die Hochzeit neoliberaler Politiken. Es war faszinierend zu sehen, dass große Teile der Bevölkerung die Privatisierungen, Deindustrialisierung, wirtschaftliche Außenöffnung, die relativ günstigen Importe auf Pump, die enge Bindung des argentinischen Peso an den US-Dollar aktiv oder zumindest passiv hinnahmen. Damals wurde mir bewusst, dass aus dem Establishment kaum Veränderungen zu erwarten sind.

Wieder muss ich einschränkend gestehen, dass ich die Diskussionen in Österreich noch nicht ausreichend kenne. Ich bin allerdings nicht mehr der Ansicht, dass es nur wenig kritisch-solidarische Auseinandersetzungen gibt. Vor einigen Jahren konnte man vielleicht von einer unreflektierten Projektionsfläche sprechen, doch inzwischen gibt es eine gut entwickelte Diskussion. Was oft als Projektion kritisiert wird, ist teilweise auch die Suche nach dem „kleinteiligen“ Neuen, nach kaum sichtbaren Figuren neuer Formen des Zusammenlebens, der Subjektivität. Und die sind eingebettet in die „großen“ gesellschaftspoli-

tischen Veränderungen, aber eben nicht von denen ableitbar. Das finde ich eine produktive Herangehensweise.

Um es konkret zu machen. Daniel Ortega in Nicaragua dient wohl niemandem mehr als Projektionsfläche. Er hat aber ein historisches Verdienst, das oft übergangen wird: Dass er bzw. die Sandinisten damals eine Wahl zugelassen habe und die Niederlage akzeptierten. In Venezuela erleben wir den ambivalenten Prozess, dass der Staat auch Handlungsspielräume für seine teilweise durchaus paternalistischen Projekte hat, weil der Erdölpreis derart hoch ist. Ähnlich in Brasilien, wo die Regierung da Silva mit der exportorientierten Agrarbourgeoisie kooperiert und beispielsweise unter ihr gentechnisch verändertes Saatgut eingeführt wurde. Die aktuelle Debatte um regenerative Energien ist auch problematisch. Es gibt ernsthafte Pläne, den Amazonas zu einem „Saudi-Arabien des Biodiesel“ zu machen. Doch was sollen wir machen? Den Daumen mal heben, mal senken? Es geht meines Erachtens darum, zunächst einmal sich die Prozesse anzusehen, zu verstehen, bekannt zu machen. Denn die globalisierte Welt ist in der öffentlichen Wahrnehmung eine ziemlich europäische und US-amerikanische und der „Rest“ kommt als Konkurrenten (China), Kriegsgebiet (Irak) oder Chaos (Darfur) vor.

Natürlich müssen wir uns das kritisch ansehen und mit den KollegInnen hier und in Lateinamerika diskutieren. Ich kann das nicht zu lange ausführen, daher nur ein Punkt. Was mich etwa wundert, ist der recht unkritische Bezug auf den Staat. Der soll es nun wieder richten, unter dem Druck sozialer Bewegungen und die Regierungen als Ausdruck linker Wahlsiege, und Staatskritik ist in Lateinamerika nicht gerade en vogue. Umgekehrt sind die jüngsten Erfahrungen ja auch für uns wichtig. Wie können verkrustete Staatsstrukturen, die kritischen zivilgesellschaftlichen Kräften gar nicht mehr zugänglich sind, aufgebrochen werden? Welche Rolle spielen Öffentlichkeit, soziale Bewegungen, kritische Intellektuelle? Da kann man nichts eins zu eins übernehmen, aber in gemeinsamen Diskussionen ein besseres Verständnis der eigenen und der anderen Realitäten erlangen.

STV: Wir sind schon gespannt auf die Umsetzung der im Interview angekündigten inhaltlichen und hochschulpolitischen Ansätze. Danke für Ihre Zeit ★

Rock(er)in' USA

Die libertäre Bewegung heute hat ziemlich abgewirtschaftet. Einen guten Ruf hatten die Anarchisten ja nie, was bei Menschen, die die herrschenden Verhältnisse kritisieren, nicht verwundert. Gerade deshalb sollte man bei Lob von unerwarteter Seite hellhörig werden.

Wenn nun heute autoritär regierende Staatschefs wie Hugo Chávez in Reden gegen die USA Bücher von Noam Chomsky, der als führender Kopf dieser Bewegung angesehen wird, auf das Wärmste empfehlen, zeigt sich, dass heute ein Moment, das die Bewegung zusammenhält, ein blinder und ressentimentgeladener Antiamerikanismus ist. Dass das nicht immer so war, soll anhand des Anarchosyndikalistischen Rudolf Rocker gezeigt werden.

Kaum jemandem, außer ein paar Spezialisten, die sich mit der Geschichte des antiautoritären und libertären Teils der ArbeiterInnenbewegung beschäftigen, ist heute der Name Rudolf Rocker ein Begriff. Es steht zwar kein Jubiläum an – erst in einem Jahr könnte man, wenn man denn will, eine Beschäftigung mit Rudolf Rocker durch seinen sich jährenden Todestag im Jahre 1958 rechtfertigen – trotzdem oder vielleicht gerade deshalb ist es interessant, das Amerika-Bild im Denken Rudolf Rockers unter die Lupe zu nehmen. Der 1873 in Mainz geborene gelernte Buchbinder, der wegen Linksabweichlertums aus der SPD flog und den Großteil seines Lebens im Exil in London und später in den USA verbrachte, ist am ehesten wegen seiner Kritik am Zwangscharakter der Nation in seinem Hauptwerk „Nationalismus und Kultur“¹ bekannt und gilt als ein Antinationaler der ersten Stunde.

Natürlich gibt es auch an diesem Buch einiges zu kritisieren. Die die gesamte anarchistische Theorie durchziehende Annahme von der Natürlichkeit der Gesellschaft, die von sich aus alles regeln würde, wenn nur nicht Staat und Nation von außen hineingetragen werden würden, findet sich auch hier. Das führt dazu, dass dem Anarchisten, wie auch seinem Lieblingsgegner, dem staatsfixierten Parteikommunisten, Staat und Gesellschaft gleich getrennt erscheinen – nur dass der Staat dabei entweder positiv oder negativ besetzt wird. Der Zusammenhang zwischen warenproduzierender Gesellschaft und Staat bleibt aber beiden ein Rätsel. Diese und andere Aporien des anarchistischen Denkens hat Fabian Kettner kürzlich schön herausgearbeitet.²

Allerdings war für Rocker, was ihn angenehm von anderen Vertretern die-

ser Richtung abhebt, diese Kritik kein Schema, das stur auf alle Situationen unbesehen gleich angewendet wird. Er blieb fähig, Erfahrungen zu machen – auch wenn er sich mit seinen Einsichten keine Freunde machte. Denn während des Zweiten Weltkriegs kam es zu Auseinandersetzungen innerhalb der libertären Bewegung, ob man denn die Alliierten, die ja schließlich auch Nationalstaaten seien, überhaupt unterstützen könne, oder ob das nicht eine Abkehr von der reinen Lehre sei. Über Rockers Position schreibt Augustin Souchy in einer biographischen Skizze: „Einige jüngere Genossen in England und Amerika haben es Rocker übel genommen, daß er während des zweiten Weltkriegs im nationalsozialistischen Deutschland das größere Übel gesehen habe, dessen Sieg er unter allen Umständen verhindert wissen wollte. Rudolf Rockers Standpunkt war der richtige. Die Menschheit wäre in ihrem Befreiungskampf um Jahrzehnte zurückgeworfen worden, wenn Hitler gesiegt hätte.“³

An dieser Formulierung zeigt sich auch die Grenze, an die selbst die Erkenntnis dieser Fraktion der AnarchistInnen stieß. Denn der tiefe Einschnitt, den der Zweite Weltkrieg und die Shoa bedeuteten, wurde nur ungenügend erfasst. Die naive Sicherheit, dass ein Sieg der Nazis nur eine Verzögerung der Emanzipation und nicht das Ende der Möglichkeit derselben bedeutete hätte, zeigt das. Das hängt damit zusammen, dass sich die libertäre Bewegung abgesehen von moralischen Distanzierungen nie mit dem Antisemitismus auseinandersetzte, wohl auch, weil damit an einigen Heroen wie Proudhon und

Bakunin Kritik geübt werden müsste, die nicht nur ganz konkret antisemitisch ausfällig wurden, sondern deren Überlegungen zu Gesellschaft und zum Kapitalverhältnis auch strukturell eine Nähe zum Antisemitismus zeigen, da alles, was am Kapitalismus als negativ bewertet wird, ursächlich mit dem Geld und der Zirkulations-sphäre in Verbindung gebracht wird.⁴

Dass angesichts des Nationalsozialismus gesellschaftskritisches Denken nicht einfach weiter betrieben werden konnte wie bisher, blieb leider meistens eine minoritäre Einsicht. Herbert Marcuse brachte diese notwendige Reflexion einmal zum Ausdruck, als er bei der Wiederveröffentlichung von Schriften aus der Zwischenkriegszeit meinte: „Daß all dies vor Auschwitz geschrieben wurde, trennt es so tief von der Gegenwart.“⁵ Weiter versucht dann Marcuse noch den anarchistischen Impuls zu retten, indem er den maßgeblich von Anarchisten geführten spanischen Bürgerkrieg beschreibt: „Auf den Schlacht- und Mordfeldern des spanischen Bürgerkrieges wurde zum letzten Male um Freiheit, Solidarität, Menschlichkeit in revolutionärem Sinne gekämpft: noch heute sind die Gesänge, die für und in diesem Kampf gesungen wurden, für die junge Generation der einzige noch verbleibende Abglanz einer möglichen Revolution.“⁶ Heute wird dieser Abglanz gerne glorifiziert, ohne jedoch den ersten Teil des Satzes zu bedenken, dass es eben das letzte Mal war, dass nach diesen Konzepten vorgegangen werden konnte, ohne die Erfahrung des Zweiten Weltkriegs in das gesellschaftskritische Denken aufzunehmen.

In seiner Parteinahme für die USA im Zweiten Weltkrieg dämmerte Rocker, dass es etwas Schlimmeres als die bürgerliche Gesellschaft und ihren Staat gibt – nämlich die negative Aufhebung derselben auf ihrer eigenen Grundlage.

Anders also als bei Leuten, die heute gerne mit der Tradition der antiautoritären Bewegung kokettieren, wie der unsägliche Noam Chomsky, war Rocker zu differenzierendem Denken fähig und schlug nicht wie jener blind auf alles ein, hinter dem er die Vereinigten Staaten vermutet – und das ist so ziemlich alles und jeder, denn wie ▶



► Alan Dershowitz meint, hat Chomsky ein „ein wenig paranoides Weltbild“⁷. Weit entfernt von solchen wahnhaften Vorstellungen, kritisierte Rocker die Vergesellschaftung in Nationen, ohne jedoch alle Nationen über einen Kamm zu scheren. Besonders zeigt sich das in dem Bild der USA, das Rocker hatte, und das ihn eben von Leuten unterscheidet, die sich heute besonders kritisch vorkommen, wenn sie meinen, mit dem Hinweis auf den „amerikanischen Imperialismus“ alles erklärt und auch den Schuldigen gefunden zu haben.

Denn bei Rocker war es gerade das liberale Moment, das dem libertären Denken innewohnt, das ihn vor solchen Kurzschlüssen bewahrte. Besonders deutlich wird das in seinem eher unbekanntem Buch „Pioneers of American Freedom“⁸, in dem er, so der Untertitel, den Ursprüngen liberalen und radikalen Denkens in den USA nachgeht. Rocker war sich, wie oben schon angedeutet, durchaus bewusst, dass es an der bürgerlichen Gesellschaft etwas zu retten gab – und so landete er bei seiner Suche bei den Gründervätern der USA, bei Thomas Paine und Thomas Jefferson, sowie bei Abraham Lincoln, denen er hymnische Kapitel widmet. Ein weiteres Kapitel widmet er der Frage, wie sich denn die amerikanische Tradition zum Anarchismus verhält und er kommt zu folgendem Schluss: „They [die amerikanischen Anarchisten] were not only American because the accident

of birth made them so, but because they were deeply rooted and nurtured in the history and traditions of their country. For this reason they regarded their ideas only as a logical extension and development of those traditions [...]“⁹ In Zeiten des aufziehenden Kalten Kriegs und des „Ausschusses für unamerikanische Umtriebe“ des Senators McCarthy war dieser Versuch, eine Linie von den honorigen Gründervätern zu den Anarchisten zu ziehen, sicher auch dem Interesse geschuldet, den Anarchismus als US-Eigenprodukt darzustellen. Aber die Tatbestände, die dabei aufgedeckt wurden, tragen weiter als dieses taktische Interesse.

Denn das bürgerliche Glücksversprechen, den Einzelnen die Verfolgung des Glücks – „the pursuit of happiness“, wie Jefferson es in der Unabhängigkeitserklärung ausdrückte – zu ermöglichen, wollte der bessere Teil der libertären Bewegung, und mit ihr Rudolf Rocker, einlösen. Und bei allen Kritikpunkten waren seine Einsichten tiefer, als das bei seinen heutigen Nachfolgern der Fall ist.

Und dass die Amerikanische Revolution ein Meilenstein in der Emanzipation war, war übrigens auch unter Europäern einmal bekannt. So kommt Lord Byron in seiner „Ode to Napoleon Buonaparte“, in der er einerseits diesen als Freiheitshelden besingt, der andererseits dann leider dem Größenwahn und den Verlockungen der Kaiserkrone erlegen sei, zu folgendem Schluss, als er

dann nach einem wirklichen Befreier sucht, der der Versuchung der Macht ergreifung nicht erlegen sei: „Where may the wearied eye repose/When gazing on the Great;/Where neither guilty glory glows,/Nor despicable state?/Yes – one – the first – the last – the best – /The Cinicinnatus of the West,/Whom envy dared not to hate,/Bequeath'd the name of Washington,/To make man blush there was but one!“¹⁰

★

1 Vgl. Rocker, Rudolf: Nationalismus und Kultur, Münster 1999

2 Kettner, Fabian: Das Prinzip guter Wille. Über die Naivität des Anarchismus, http://prodomo.50webs.com/6/das_prinzip_guter_wille.html, 23.8.07

3 Suchy, Augustin: Achtzig Jahre alt – sechzig Jahre Freiheitskämpfer, in: Rocker, Rudolf: Heinrich Heine. Ein deutsche Dichter als Prophet, Regensburg o. J., S. 5

4 Vgl. Postone, Moishe: Antisemitismus und Nationalsozialismus, in: Ders.: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen, Freiburg i. Br. 2005

5 Marcuse, Herbert: Vorwort, in: Ders.: Kultur und Gesellschaft I, Frankfurt a. M. 1965, S. 11

6 Ebd.

7 Dershowitz, Alan M.: Chuzpe, Hamburg 2000, S. 274

8 Rocker, Rudolf: Pioneers of American Freedom. Origin of Liberal and Radical Thought in America, Los Angeles 1949

9 Ebd., S. 156

10 Lord Byron: Ode to Napoleon Buonaparte, in: Ders.: The Works, Bd. III, Leipzig 1842, S. 333

Denkmalzerstörungen mit Tradition

Beispiele alltäglicher Gedenkkultur in Kärnten/Koroška

In Kärnten/Koroška wurden in den Sommermonaten mehrmals antifaschistische Denkmäler zerstört, die sich einerseits den Opfern des Nationalsozialismus und andererseits dem Widerstand gegen das NS Regime widmen

Am Beispiel des Denkmals der Namen sowie der Gedenkstätte am Peršmanhof zeigt sich, dass solche Ereignisse einen alltäglichen Bestandteil der revisionistischen Gedenktradition ausmachen.

Denkmal der Namen in Villach/ Beljak

Das in der Villacher Innenstadt aufgestellte Denkmal der Namen erinnert an Frauen, Männer und Kinder aus Villach und Umgebung, die zwischen 1938 und 1945 aus den verschiedensten Gründen dem nationalsozialistischen Terror

zum Opfer gefallen sind. Auf einzelnen Glastafeln werden die Namen jener ehemaligen StadtbewohnerInnen erwähnt, deren Lebensdaten bis hin zu ihren Tod durch die unermüdliche Arbeit des Vereins Erinnern recherchiert und aufgearbeitet wurden. Es stellt somit nicht nur eine Auseinandersetzung mit den Gräueltaten des NS Regimes und den konkreten Opfern, die es in Villach gegeben hatte dar, sondern auch den Versuch, die verdrängte nationalsozialistische Vergangenheit öffentlich sichtbar zu machen. „Wir entschieden uns damals bei der

Errichtung des Denkmals ganz bewusst für Namen statt allgemeiner Gedenkformeln, denn einer der ersten Schritte zur Erniedrigung und Entmenschlichung der Häftlinge bestand im Raub ihrer Namen und in der Vergabe von Nummern, die in den Unterarm eintätowiert wurden. ... Die Rückgabe des Namens erschien uns als wichtiger Schritt zur Wiederherstellung von menschlicher Würde und Identität.“¹ Bis heute wurden insgesamt 132 Namen auf Glastafeln auf dem Denkmal dokumentiert und jährlich auch um ein paar weitere ergänzt.

Am 25. Oktober werden heuer jedoch nicht nur acht weitere Namen hinzugefügt, sondern, wie auch schon mehrmals in der Geschichte dieses Denkmals, jene Tafeln wieder neu aufgestellt, die von unbekanntem TäterInnen in den letzten Monaten zerstört wurden. Bereits seit seiner Eröffnung im September 1999 mit 64 Namen wurde das Denkmal nämlich mehrmals verwüstet und einzelne Glastafeln mutwillig zerschlagen. So wurde auch vergangenes Jahr nicht nur die Anzahl der Namen ausgeweitet, sondern eine Gedenktafel, die im April 2006 zerstört wurde, wieder hinzugefügt. Aber auch zuvor war das Denkmal bereits mehrmals Ziel ähnlicher reaktionärer Taten gewesen, die auf den alltäglichen Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit im Kärntner Lande schließen lassen. Dieser Wahnsinn fand heuer im Juli jedoch einen erneuten Höhepunkt, da allein in diesem Monat vier Mal Zerstörungen zu verzeichnen waren. Der materielle Schaden allein dieser Zerstörung beträgt ungefähr 1200,- Euro. Da sich die Polizei lange geweigert hatte, die politische Motivation dieser Taten anzuerkennen und die Taten als betrunkenen Vandalismus abtat, blieb die Suche nach den TäterInnen bislang erfolglos. Wenngleich ihnen ein solches Verhalten nicht mehr möglich ist, halten sich die Bemühungen, diesem Treiben ein Ende zu setzen, in Grenzen und die gesellschaftliche Ignoranz gegenüber dem Thema bleibt weiterhin bestehen. Anstelle eines empörten Aufschreis und einer breiten Diskussion der Auswüchse des Umgangs mit den Gräueltaten des NS Regimes in Kärnten/Koroška folgte auf die Denkmalsverwüstungen vielmehr Schweigen. Dass geschichtsrelativierendes Gedenken in Villach Tradition hat, zeigte sich in den letzten Jahren u. a. auch an der Ehrung des revisionistischen Kärntner Abwehrkämpferbunds seitens der Stadt Villach.

Peršmanhof in Eisenkappel/ Železna Kapla

Auch die Zerstörung von Denkmälern und Gedenkstätten, die an wichtige Widerstandsgruppen gegen das NS Regime erinnern sollen, hat in Kärnten/Koroška Tradition. Der Peršmanhof, seit 1983 als erstes und einziges PartisanInnenmuseum in Österreich bekannt, war kurz vor Ende des Krieges Schauplatz eines bestialischen Massakers der Nazis an einer elfköpfigen Familie gewesen. Weder

das Massaker noch die Sprengung des ihnen errichteten Denkmals 1953, welches 1947 am Friedhof in St. Ruprecht bei Völkermarkt aufgestellt worden war, wurden bis heute gerichtlich geklärt. „Die Peršman-Geschichte könnte für ganz Kärnten zu einer „Bastion der Aufklärung“ und Selbstbildung werden.

seum wird die Gedenkstätte von der Alltagsgesellschaft nicht nur angefeindet, sondern war auch schon mehrmals Opfer ähnlicher Taten gewesen. Auch in diesem Fall spricht die Polizei von „Bubenstreichen“ und will das Ausmaß dieser Taten und ihre politischen Hintergründe nicht anerkennen. Zu einer



An diesem Ort, der mit dem wieder aufgebauten Gehöft, mit Gedenktafeln, mit Museum und Denkmal ein einzigartiges Erinnerungsenemble darstellt, kann man der Kärntner NS-Geschichte im wahrsten Sinne des Wortes begegnen und sie aus mehreren Perspektiven betrachten lernen.² Dass der Vorsitzende des Verbandes der Kärntner PartisanInnen, Peter Kuchar, am 2. August 2007 feststellen musste, dass unbekannte TäterInnen drei Fenster des Peršmanhofs in Koprivna/Kporen bei Eisenkappel/Železna Kapla eingeschlagen hatten, sorgte für ebenso wenig Aufruhr wie im Falle des Denkmals der Namen. Wenngleich in das Museum selbst nicht eingedrungen wurde, stellen derartige Ereignisse am Peršmanhof keine Neuheit dar. Seit seinem Bestehen als Mu-

Gegentradition und einem Umdenken in der gesellschaftlich verbreiteten Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit scheint es folglich in Kärnten/Koroška auch im Jahre 2007 noch ein langer Weg zu sein. ★

<http://www.net4you.com/haiderftp>
<http://www.persman.at>

¹ Vgl. Presseaussendung des Vereins Erinnern anlässlich der Zerstörungen des Denkmals in Juli 2007

² Peter Gstettner: „Gedenkstätte und Gedenkenensemble am Peršmanhof“ (Vgl. <http://www.persman.at/default2.asp?lang=de>)

„Was hat's denn gebracht, das Binnen-I?“

Während in feministischen und genderbewussten Kreisen darüber debattiert wird, welche Form der verschriftlichten Inklusion weiblicher Formen in die Sprache mit den geringsten symbolischen Ausschlussmechanismen verbunden ist, andere durch den Gebrauch des Binnen-Is ihre eigene Fortschrittlichkeit rühmen, gibt es auch noch jene Kreise, in denen die Verwendung solcher Formen alles andere als Standard ist.¹

Dass jedoch die Fortschrittlichkeit des Binnen-Is an sich auch in „linken Kreisen“ (immer noch) in Frage gestellt wird, gibt zu denken.

Wenngleich sich beispielsweise das Word Rechtschreibprogramm noch nicht an das Binnen-I gewöhnen konnte, lassen sich heute doch einige fruchtbare Veränderungen im Hinblick auf die Inklusion weiblicher Formen in der Sprache aufweisen. So schaffen es im Alltagsleben u. a. sogar diverse Banken auf ihre Zahlscheine inzwischen AuftraggeberInnen etc. zu schreiben. Auch im akademischen Bereich hat sich die Verwendung geschlechtsneutraler Formen zumindest in den Geistes- und Humanwissenschaften bei einer Vielzahl der Lehrenden und Studierenden durchgesetzt. Das Binnen-I ist folglich zwar vielleicht nicht gesellschaftlich vollkommen verankert, aber zumindest in „linken“ Kreisen seit einigen Jahren Standard und muss, so könnte zumindest gemeint werden, nicht mehr diskutiert werden. Dennoch scheint sich diese „Errungenschaft“, dass nämlich seit einigen Jahren Frauen nun auch in der Alltags- sowie auch in der geschriebenen Sprache erwähnt werden und dadurch nicht nur ein Bewusstsein darüber geschaffen wurde, wie dominant männlich geprägt die Sprache ist, sondern auch wo Ausschlussmechanismen beginnen, zu manchen Genossen noch nicht ganz durchgesprochen zu haben. Welche Leistung denn das Binnen-I bis jetzt zur Gleichberechtigung beigetra-

gen hätte, lautet so mancher Vorwurf von Menschen, die wahrscheinlich beim Reden über den Kommunismus auch sofort eine Revolution ausgelöst und dabei sämtliche Herrschaftsverhältnisse aufgelöst haben. Gekontert werden kann diesen Menschen wohl auch jenseits postmodernen Geschwafels, da wohl nicht nur Butler-AnhängerInnen davon ausgehen, dass sich in der Sprache Herrschaftsverhältnisse widerspiegeln und selbige durchaus Abbild und Ausdruck einer Realität sind, die es u. a. auch mit sprachlichen Mitteln zu verändern gilt. Dass Ansätze für solche Veränderungen auch auf sprachlicher Ebene von statten gehen und durchwegs zu einer Bewusstseinsbildung beitragen können, scheint dabei alleine durch die Diskussionen, die das Binnen-I in den letzten Jahren mit sich brachte, eigentlich offensichtlich. Ebenso klar ist dabei natürlich auch der Umstand, dass die Repräsentation von Frauen in der Sprache keinesfalls ausreicht, um eine umfassende „Gleich-

berechtigung“ zu erzielen, da es dazu schlichtweg radikalerer und weiter reichender gesellschaftlicher Veränderungen bedarf. Dennoch hat das Binnen-I sowohl in der Diskussion als auch im Hinblick auf Bewusstseinsbildung einiges „geleistet“ und so sind Frauen zumindest auf sprachlicher Ebene nicht mehr ausschließlich darauf angewiesen, von männlichen Formen mit eingeschlossen zu werden, sondern finden als eigenständige Akteurinnen Erwähnung. Der Umstand, dass Frauen als selbstständige Protagonistinnen nicht mehr ausschließlich auf ihre „benachteiligte“ Opferrolle reduziert werden und somit nicht auf das Rettertum ihres männlichen Umfelds angewiesen sind, ist mit dem Denken der Gegner des Binnen-Is natürlich schwer vereinbar. Schließlich meinen selbige u. a. auch, dass das Binnen-I materiell nichts für Frauen geändert hätte – ein weiterer Vorwurf der Genossen, der ebenso fragwürdig scheint. Schließlich liegt genau in der Erwähnung weiblicher Formen auch die Erkenntnis, wie wenige Frauen in diversen Gremien und Strukturen sowie höheren Posten wie auch linken männerdominierten Gruppen vertreten sind. Und auch die Aufforderung nach der Überprüfung, in welchen Zusammenhängen Frauen sprachlich erwähnt werden müssen und somit vertreten sind, stellt im Grunde genommen genau die Auseinandersetzung mit der Benachteiligung dar. So erscheint die These, dass Menschen, die sich wirklich mit den ►



9. November – Niemals vergessen! Gedenkkundgebung vor der 1938 zerstörten Synagoge in der Zirkusgasse

Jedes Jahr organisiert die Studienvertretung Politikwissenschaft gemeinsam mit anderen Gruppen eine Kundgebung am 9. November, um an das Novemberpogrom 1938 zu erinnern, das gerne beschönigend als „Reichskristallnacht“ bezeichnet wird.

Diese Kundgebung findet in der Zirkusgasse statt, vor dem Haus, das heute an der Stelle einer der vielen vom Mob zerstörten Synagogen steht. Auf dieser Kundgebung wollen wir aber nicht nur den Opfern historischer Formen des Antisemitismus gedenken, sondern auch auf neue Formen desselben hinweisen. Denn der Glaube, dass der Antisemitis-

mus mit dem Mai 1945 untergegangen sei, wird speziell in Österreich immer wieder widerlegt. Aber nicht nur dort: Antisemitische Äußerungen, Denkweisen und Akte sind zunehmend auch in anderen Staaten und am internationalen Parkett zu bemerken. Deshalb beschäftigten sich in den letzten Jahren viele der Redebeiträge auch mit dem Antizi-

onismus, der eine modernisierte Version des Antisemitismus darstellt und mit der Verteidigung des Staates Israel, der die bewaffnete Garantie dafür ist, dass sich etwas Ähnliches wie das Novemberpogrom nicht wiederholt. Auch diesen November wollen wir eine Kundgebung organisieren – ein eigener Aufruf wird über die Details Auskunft geben. ★

Schwarze Schafe

Ich war etwas skeptisch, als mich meine Freunde mit ins Delphi schleppten am vorletzten Tag meines Berlinaufenthaltes, denn eigentlich hatten mich die Simpsons mehr angelacht und von einem deutschen anscheinend guten Episodenfilm wollte ich nichts wissen.

Das Delphi hingegen erstaunte mich schon mal, liegt ganz in der Nähe der Gedächtniskirche und ist, wie ich erklärt bekam, ein Ku'damm-Kino, also ein typisches älteres Kino mit freier Platzwahl und Loge und irgendwie hatte es Stil. Na ja, mal lieber nicht zuviel erwarten.

Der Film „Schwarze Schafe“ begann mit einer Restaurantszene in einem noblen Hotel, in der sich der Protagonist mal schnell und so gar nicht stilvollendet um die Rechnung drückt und für die Nacht mit seiner Begleitung eine Luxus-suite erbeutet. Klingt irgendwie nach mittelmäßiger Hollywood-Handlung bis jetzt? Aber ich merkte schon, dass etwas an diesem Film anders war, eine Sexszene bei der nur wenig geschnitten wurde und bei der auch mal was schief geht, wo gibt's denn so was? Die Szenen wechseln mal schneller mal langsamer, wie gesagt, ein Episodenfilm mit 5 verschiedenen Handlungssträngen. Besagter Protagonist verlässt in der Früh schnell das Hotel, da er ja unsterblich in eine andere verliebt ist (deren Namen er aber nicht mal kennt) und die er dauernd anruft. Sein Problem ist, er hat kein Geld, also schnappt er sich einen Freund, der ihm



seine Hand abhacken soll, denn seine Hand ist noch von seiner Uhrmodelzeit versichert. Zitat: „Nein ich finde nicht, dass eine abgehackte Hand Scheiße aussieht, das kann durchaus was haben. Wenn hier der ganze Unterarm ab ist, dann ist man gleich ein Krüppel, aber ne abbe Hand ist auch ne Art Charaktermerkmal.“

Aber das ist ja nur eine Geschichte, da gibt es noch die drei jungen Türken, die unbedingt ficken wollen, aber immer Pech haben, oder Charlotte, die auf einem Spree-Dampfer Durchsagen macht und mit einer alten und überaus arroganten Studienkollegin und ihrem komplett besoffenen Freund fertig werden muss. Oder die zwei idealistischen Jungs, die in den Parkbäumen Gras anbauen, in einer Agentur für Arbeit ohne Geld einsteigen

und nur Blödsinn labern. Oder die beiden Satanisten, die unbedingt ihr Ritual durchführen wollen, aber irgendwie an der Allmächtigkeit Satans zu zweifeln beginnen.

Das Ganze ist so in sich stimmig und gleichzeitig so tabubrechend und auf jeden Fall manchmal geschmacklos, dass ich heute noch immer über irgendwelche Szenen lachen muss, ohne an tolle Sprüche zu denken.

Der Film wurde von Oliver Rihs und Oliver Kolb gedreht und produziert und auch selbst geschrieben, ohne irgendeine finanzielle Unterstützung, anders lässt sich auch nicht erklären, dass in diesem Film für mich zumindest keine Quotenszenen vorkommen, Klischees nur anders belichtet und Tabus instrumentalisiert werden. Das Ganze ist übrigens noch in Schwarz-Weiß gehalten, anscheinend um die Beziehungen hervorzuheben, was aber gar nicht nötig wäre, egal, mich zumindest hat es nicht gestört.

Ab 30. August wird der Film immerhin schon mal in den meisten großen Städten Deutschlands gezeigt, und hoffentlich auch bald in Wien.

Ansonsten: reingehen, ansehen. ★

► Fortsetzung von Seite 13

Problemen der Frauen (beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt) auseinandersetzen würden, keines Binnen-Is bedürften, wohl als untragbar. Ebenso wenig stimmt es, dass Menschen, die auf dem I beharren, von dieser Benachteiligung nichts wissen wollen. Vom Binnen-I zu lesen und es selbst zu schreiben, bedeutet, entgegen dem reaktionären Blabla dieser Genossen, folglich vielmehr, sich nicht nur der Problematik bewusst zu sein, sondern auch aktiv Schritte gegen die angesprochene Benachteiligung zu setzen. Auch wenn das Binnen-I dabei, so ein weiterer „Kritikpunkt“, den biologischen Geschlechtsunterschied hervorheben würde, muss gesagt werden, dass wenngleich der Kapitalismus ein unpersonalisiertes Herrschaftsverhältnis darstellt, gerade auf der sprachlichen Ebene Frauen anderen Ausschlussmechanismen ausgesetzt sind als Männer. Ziel ist ja, und das sollte doch nicht vergessen werden, ebendiesen Geschlechtsunterschied aufzuheben und so wird nicht

umsonst von geschlechtsneutraler Sprache gesprochen. Dass ein solcher Schritt jedoch nicht von statten gehen kann, indem Frauen durch männliche Formen vertreten werden, sollte in diesem Zusammenhang jedoch offensichtlich sein.

Die Verwendung des Binnen-I schlägt aber auch noch andere Richtungen ein. So ist es auch nicht davor gefeit, in seiner Verwendung als „politisch reflektiert“ und korrekt instrumentalisiert zu werden und so manchem Mann zu ermöglichen, sich vor etwaigen Sexismusvorwürfen zu schützen. Sich der Geschlechterthematik ohnehin so bewusst, wird so manche subjektive männliche Praxis nämlich an Formalia wie geschlechtsneutraler Sprache aufgehängt und die Streitpunkte an selbigen festgemacht. Frauenkleider bei Queer Parties (und zwar nur dort) zu tragen und geschlechtsneutrale Formen werden somit zum Markenzeichen der linken, reflektierten Männer, deren Praxis oftmals gar nicht so reflektiert ist. Dass selbige Männer in ihrem all-

täglichen Leben dennoch als Akteure sexistischer Praxen auftreten, scheint als undenkbarer Widerspruch für viele (Männer) schlichtweg einfach unmöglich zu sein.

So zeigt sich auch in diesem Zusammenhang, dass die Auseinandersetzung eben nicht beim Binnen-I stehen bleiben kann, sondern es einer umfassenden gesellschaftlichen Veränderung auf vielen Ebenen bedarf. Klar ist auf jeden Fall, dass das Binnen-I bzw. geschlechtsneutrale Formen im weitesten Sinne nicht zu verwenden, sicher keine Lösung sein kann. ★

I Es handelt sich hierbei um Debatten darüber, dass das groß geschriebene I ebenso wie ein Schrägstrich / bei der Inklusion weiblicher Formen eine Separation mit sich bringen würde, sprich Männliches und Weibliches symbolisch wieder getrennt würden, während ein Unterstrich _ weibliche und männliche Formen miteinander verbinden könnte. Beispiel: StudentInnen, Student/Studentinnen, Student_innen.

Filmreihe gegen die Realität

Eine Filmreihe der Studienvertretung Politikwissenschaft

Auch in diesem Semester gibt es wieder eine Veranstaltungsreihe der Studienvertretung, diesmal in Form einer Filmreihe. Wir laden Euch herzlich zur Vorführung von Filmen ein, die uns aktuell und relevant erscheinen, die man jedoch nur selten zu sehen bekommt.

25.10. Operation Spring

19.30, Hauptuni, HS 28

Ein Film von Angelika Schuster und Tristan Sindelgruber

Anschließend Diskussion mit den FilmemacherInnen

Im Morgengrauen des 27. Mai 1999 stürmen 850 Polizisten Wohnungen und Flüchtlingsheime in ganz Österreich. Der Codename der Polizeiaktion ist „Operation Spring“, es ist die größte kriminalpolizeiliche Aktion seit 1945. Insgesamt werden an die 100 Afrikaner verhaftet. Die Medien berichten von einem noch nie dagewesenen Erfolg der Polizei im Kampf gegen die Organisierte Kriminalität. Mit Hilfe des ersten Großen Lauschangriffs sei es gelungen, die Bosse eines international agierenden Nigerianischen Drogenrings festzunehmen. In den folgenden Jahren entwickelt sich daraus das größte Justizverfahren gegen Afrikaner in Österreich. Fast alle Angeklagten werden verurteilt. Das gesamte Strafausmaß beträgt mehrere hundert Jahre Haft.

Operation Spring ist ein Dokumentarfilmthriller über die Erprobung neuer Ermittlungsmethoden und Gesetze in Österreich. Schritt für Schritt werden die damaligen Ereignisse aufgerollt und die Hauptbeweismittel unter verschiedenen Blickwinkeln akribisch untersucht. Während zu Beginn den Schwierigkeiten der Polizei und des Gerichts bei der Handhabung der neuen Ermittlungsmethoden und deren Ergebnissen nachgegangen wird, nehmen die Ereignisse im weiteren Verlauf eine immer bedrohlichere Entwicklung mit kafkaesken Zügen. Beteiligte der involvierten Seiten erzählen, was sie damals erlebt haben, wie sie die Ereignisse wahrgenommen haben. Unter ihnen Richter, Anwälte, ein Beamter aus dem Justizministerium, ein ehemaliger Kronzeuge und ein verurteilter und inhaftierter Afrikaner. Darüber hinaus folgt der Film dem letzten noch offenen „Operation Spring“-Prozess, der im Herbst 2003 zum dritten Mal neu aufgerollt wird. Entwicklungen und Fragen, die in diesem Verfahren auftauchen, werfen im Nachhinein ein neues Licht auf die gesamten Operation-Spring-Prozesse. Der Film stellt die Frage, ob die Angeklagten jemals die Chance auf ein faires Verfahren hatten.

15.11. Das negative Potential. Gespräche mit Johannes Agnoli

20 Uhr, Wipplingerstr. 23 (Tiefer Graben), 1010 Wien

Ein Film von Christoph Burgmer

Filmvorführung mit einleitenden Worten und Diskussion

Am 4. Mai 2003 starb Johannes Agnoli. Er war bis Anfang der 90er Jahre Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin und hat mit der „Transformation der Demokratie“ einen der wichtigsten Texte der 68er-Bewegung verfasst. Als Staatsfeind auf dem Lehrstuhl hatte er gezeigt, dass der Zweck eines Studiums nicht darin bestehen muss, stromlinienförmige Karrieristen heranzuziehen. Seine Aufgabe sah er vielmehr darin, als radikaler Aufklärer und kommunistischer Kritiker ein Projekt Kants fortzusetzen: Die Menschen über die wahre Beschaffenheit der politischen Ordnung, die „lügenhafte Publizität“ der Verfassung in Kenntnis zu setzen.

Der Film zeigt Johannes Agnoli in seinem Landhaus in Lucca im Gespräch mit Christoph Burgmer im September 2001. Agnoli führt aus, warum der Staat notwendigerweise ein Zwangsverhältnis darstellt, das für allerlei Dinge zu gebrauchen ist, aber ganz sicher nicht für die Emanzipation der Menschen von Herrschaft und Ausbeutung. Er weist ebenso geduldig wie unnachgiebig darauf hin, dass es nicht um die Humanisierung der Kapitalverhältnisse geht, sondern um deren Überwindung. Gegen die heimtückische Frage, wo denn das Positive bleibe, favorisiert Agnoli die Kraft der Negation und der Subversion. Er spekuliert über eine mögliche Modernisierung des Staates in Richtung eines autoritären Rechtsstaates, erklärt, warum das Kapital über die Einführung einer Tobin-Steuer nur lachen würde, und erläutert, warum die biblische Eva die erste Verkörperung der Subversion war. Und er spricht mit einer Selbstverständlichkeit vom Islamismus als Bedrohung für die Emanzipation, wie man sie in der Linken kaum noch antreffen kann.

29.11. Slowenen, Partisanen, Hochverräter

20 Uhr, Wipplingerstr. 23 (Tiefer Graben), 1010 Wien

Ein Film von Gerhard Anton Roth

Anschließend Diskussion mit dem Filmemacher

Mehr als 1.000 PartisanInnen sind in Kärnten im Kampf umgekommen, wurden hingerichtet oder zu Tode gefoltert. Das erlittene Elend der Kriegsjahre hat viele vor der Zeit sterben lassen. Vor allem die Kader verließen die Heimat und

gingen ins neu entstandene, sozialistische Jugoslawien. Nicht wenige AltpartisanInnen kamen während der antistalinistischen Kampagne Titos unter die Räder, wenn sie sich nicht in ein unauffälliges Privatleben retten konnten. In diesem Film erzählen Kärntner SlowenInnen von ihrer Vertreibung durch die Nazis, den Partisanenkampf und ihre schwierige Rückkehr nach Österreich.

13. 12. Artikel 7 – Unser Recht! Pravica Naša! Člen 7
20 Uhr, Wipplingerstr. 23 (Tiefer Graben), 1010 Wien

Ein Film von Thomas Korschil und Eva Simmler
 Anschließend Diskussion mit den FilmemacherInnen

Ausgehend von bis heute offenen Fragen rekonstruieren Korschil und Simmler in ihrem ersten Dokumentarfilm die wechselhafte Geschichte des Kärntner Minderheitenkonflikts. Im Zentrum stehen die bewegten 1970er Jahre und vor allem die damals politisch aktive Jugend der Kärntner Slowenen. „Artikel 7 – unser Recht!“ war die zentrale Parole einer österreichweiten Solidaritätsbewegung, die auf eine vollständige Erfüllung des 1955 im Staatsvertrag festgelegten Minderheitenschutzes drängte. Mit „Aufschriftenaktionen“ – der eigenmächtigen Ergänzung von Ortstafeln mit den slowenischen Bezeichnungen – brachten junge Kärntner SlowenInnen den verdeckten Konflikt Anfang der 70er Jahre an die Öffentlichkeit. Bald darauf führte die erste staatliche Aufstellung zweisprachiger Tafeln zum so genannten Ortstafelsturm, der gewaltsamen Demontage sämtlicher Schilder durch Deutschnationale mit bürgerkriegsähnlichen Szenen.

Mit ZeitzeugInnen, politischen AktivistInnen und vielfältigen Archivmaterialien stellen Korschil und Simmler in „Artikel 7 – Unser Recht!“ ein wenig bekanntes Kapitel österreichischer Zeitgeschichte assoziativ, kontextreich und – bei allen Abgründen, auf die sie stoßen – nicht ohne Ironie dar. Auch 50 Jahre nach Unterzeichnung des Staatsvertrags und der Wiedererlangung seiner Souveränität hat Österreich die Verpflichtungen gegenüber den Kärntner Slowenen nicht vollständig eingelöst. Seit Jahren weigert sich die Politik – allen voran der Kärntner Landeshauptmann Jörg Haider – ein Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofs über die Aufstellung zusätzlicher zweisprachiger Ortstafeln umzusetzen. Im heurigen Jubiläumsjahr gibt es neben symbolischen Akten bislang bloß leere Versprechungen. Und auch 2007 werden in Kärnten zweisprachige Ortstafeln ausgerissen.

10.1. Anmerkungen zur Person. Hans-Jürgen Krahl zum Gedächtnis
20 Uhr, Wipplingerstr. 23 (Tiefer Graben), 1010 Wien

Ein Film der Gruppe Slatan Dudow. Filme gegen Deutschland
 Anschließend Erläuterungen und Diskussion mit Tobias Ebbrecht

Am 16. Oktober 1969 beginnt in Frankfurt am Main der Prozess gegen die SDS-Mitglieder Günter Amendt, Karl Dietrich Wolff und Hans-Jürgen Krahl wegen „Rädelsführerschaft“ bei der am 22. September 1968 stattgefundenen Demonstration gegen die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels an Leopold Senghor, den autoritären, aber vom Westen hofierten „Dichterpräsidenten“ Senegals. Im Rahmen dieses Prozesses hält Krahl, der führende Kopf des Frankfurter SDS, eine freie Rede, in der er in Form einer politischen Autobiographie seine Hinwendung zur revolutionären Studentenbewegung schildert und mit Rekurs auf Marx, Horkheimer, Sartre, Marcuse und Bloch die Notwendigkeit begründet, den Kapitalismus abzuschaffen. Am 24. Dezember 1969 werden die drei Angeklagten wegen Aufruhr, Landfriedensbruch und Rädelsführerschaft zu jeweils einem Jahr und neun Monaten Gefängnis verurteilt. Krahl geht in Revision. Noch vor Aufnahme des neuen Verfahrens kommt er am 14. Februar 1970 bei einem Verkehrsunfall ums Leben.

24.1. Un pueblo en armas
20 Uhr, Wipplingerstr. 23 (Tiefer Graben), 1010 Wien
 Filmvorführung mit einleitenden Worten und Diskussion

Am 17. Juli 1936 putschten in den spanischen Enklaven in Nordafrika rechte Militärs, unterstützt von faschistischen, klerikalen und konservativen Kräften. Der Aufstand, der sich innerhalb von Tagen auf ganz Spanien ausbreitete, traf die republikanische Regierung völlig unerwartet. Dennoch wurde dem Aufstand Widerstand entgegengesetzt – Widerstand, der von unten kam, von den Gewerkschaften, vom „Volk“. Der Film „Un pueblo en armas“, Volk in Waffen, erzählt die Geschichte dieses Aufstandes anhand von Filmsequenzen, die Mitglieder der anarchistischen Gewerkschaft CNT während des dreijährigen Bürgerkriegs gedreht haben. Er zeigt einerseits die Schrecken des Krieges, der zehntausenden von Menschen das Leben kostete, andererseits den mitreißenden Enthusiasmus vieler, welcher die „Spanische Revolution“ ermöglichte. Noch heute wird vielfach verschwiegen, dass Spanien zwischen 1936 und 1939 nicht nur ein Ort des Bürgerkrieges war, sondern auch ein Experimentierfeld vieler verschiedener anarchistischer und sonstiger emanzipativer Theorien. Ob die Kollektivierung der Getreidefelder Aragons oder die Selbstorganisierung in den Industrie- und Dienstleistungsbetrieben in Barcelona, viele Errungenschaften dieser Revolution waren einzigartig in Europa.

Special thanks to Archiv der sozialen Bewegungen Wien